

231/AE

des Abgeordneten Thomas Barmüller
und weitere Abgeordnete
betreffend Entwicklung und Abstimmung der Lehrberufe im Umweltbereich

Weder die Regierungserklärung noch das Koalitionsübereinkommen 1996 stellen Maßnahmen zur Entwicklung der Berufsausbildung im Bereich der Umwelttechnik in Aussicht.

Im Kapitel Beschäftigungs- und Standortsicherung des Koalitionsübereinkommen werden auch unter dem Punkt „Qualifikation“ keinerlei Initiativen im Bereich umweltspezifischer Ausbildungen genannt.

Im Umweltkapitel wird gefordert: "Die Umweltpolitik an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend muß im Sinne einer ökologischen Strukturoffensive gestaltet werden, wobei auf höchstmögliche beschäftigungspolitische Effekte zu achten ist." Der Regierungschef, der Umweltpolitik in seiner Regierungserklärung überhaupt nur unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigung betrachtet, nennt als umweltpolitische Handlungsfelder allerdings lediglich staatliche Ausgaben für Wasserbauvorhaben, die Sanierung von Altlasten sowie Verkehrsinfrastrukturinvestitionen.

Damit setzen die Zielsetzungen des Jahres 1996 den Weg des Arbeitsübereinkommen aus dem Jahr 1995 fort. Bereits damals waren keine Initiativen zur Entwicklung und Forcierung von Umweltberufen vorgesehen.

Neben verbesserungswürdigen Rahmenbedingungen, die zu wenig Nachfrage nach Umweltberufen schaffen, ist auch die Marktgerechtigkeit der Ausbildung zu hinterfragen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird ersucht, die Anforderungsprofile der Lehrberufe im Umweltbereich gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft aus dem Bereich Umwelttechnologie zu evaluieren und inhaltlich in Sinne tatsächlicher unternehmensspezifischer Bedürfnisse auf einander abzustimmen.,,

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuß beantragt.